

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis: monatlich 2,- RM, für sechs Monate 10,- RM, jährlich 18,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Bestellungen und Abbestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206.



Zeitungspresse laut vorliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweilungs-Verkehr: 30 Pf. — Sonstige Leistungen: 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Meldungen nicht verantwortlich. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 66 — 94. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Tageblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 19. März 1935

Simon und Eden kommen Sonntag nach Berlin

Die britische Note in Berlin überreicht.
Lebhafter Meinungs-austausch zwischen London, Paris und Rom.

Simon über die Note an Berlin.

Erklärungen des englischen Außenministers vor dem Unterhaus.

Das englische Parlament befaßte sich am Montagmittag mit der Lage der europäischen Abrüstungsverhandlungen und mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Die mit größter Spannung erwartete Unterhausdebatte begann zunächst mit einer Anfrage über den vorgeschlagenen Luftpakt.

Ein Abgeordneter stellte hinsichtlich des Luftpaktes die Frage, ob Frankreich das Versprechen gemacht worden sei, daß England bereit sei, mit Frankreich allein ein gegenseitiges Schutzabkommen einzugehen, falls es unmöglich werde, einen erweiterten Pakt unter Einfluß Deutschlands abzuschließen. Lord Seeliger, der die Frage beantwortete, antwortete hierauf mit „Nein“. Auch auf die weitere Frage: „Glauben Sie, daß es im Falle eines Scheiterns einer Zusammenarbeit mit Deutschland wünschenswert ist, daß sich möglichst viele der zu einer Zusammenarbeit in einem kollektivem System bereiten Länder zusammenschließen?“ antwortete Eden: „Das ist eine andere Frage. Sie steht nicht zur Debatte.“

Der Oppositionsführer Lansbury fragte den Außenminister, ob er im Hinblick auf die von der deutschen Regierung angekündigte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und auf die Erhöhung der Friedensstärke der deutschen Armee auf 36 Divisionen eine Erklärung über die von der britischen Regierung beabsichtigten Schritte abgeben könne.

Außenminister Sir John Simon bejahte die Frage und fuhr fort: „Die englische Regierung ist bereits mit der französischen und der italienischen Regierung in dieser Angelegenheit in Verbindung getreten und hat den britischen Botschafter in Berlin beauftragt, der deutschen Regierung eine Note zu überreichen, die, wie ich höre, heute nachmittag übergeben werden wird. Ich kann naturgemäß diese Mitteilung nicht bekanntgeben, solange sie noch nicht im Besitz des deutschen Außenministers ist. Aber es sind Vorkehrungen getroffen, daß die Note im Abstimmungsbüro des Unterhauses verfügbar sein wird, sobald ich von Sir Eric Phipps gehört habe, daß die Mitteilung erfolgt ist.“

Hierauf fragte Lansbury, ob geplant sei, die Lage mit der Regierung der Vereinigten Staaten und anderen Unterzeichnern des Friedensvertrages zu erörtern, oder ob eine Sitzung der Völkerbundversammlung in Aussicht genommen sei. Simon antwortete: Ich kann Lansbury versichern, daß diese beiden Elemente zur Zeit er wogen werden.

Englands Note überreicht.

Sir Eric Phipps bei Hr. v. Neurath.

Der englische Botschafter Sir Eric Phipps hat am Montagmittag den Reichsminister des Auswärtigen aufgesucht und ihm die Note überreicht, in der die Erwägungen der englischen Regierung gegenüber dem Reichsgesetz über den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März enthalten sind.

Am Schluß dieser Note ist die Frage wiederholt, ob die Reichsregierung bereit sei, anlässlich des Besuchs von Sir John Simon in Berlin die im Londoner Kommuniqué vom 3. Februar enthaltenen Punkte zu erörtern. Der Reichsminister hat diese Anfrage in bejahendem Sinne beantwortet.

Günstige Grundlage für die Aussprache mit Simon.

Der Wortlaut der englischen Note wird erst am Mittwoch veröffentlicht werden, da die Note zunächst im Auswärtigen Amt übersetzt werden muß. In dem Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935 war erklärt worden, daß eine einseitige Änderung des Teils V des Diktats von Versailles nach Auffassung der englischen und französischen Regierung nicht zulässig sei. Es ist anzunehmen, daß die Einwände Londons in dieser Richtung liegen und in der Note erörtert werden. Fragewörter praktische Folgerungen dürften aus diesen Einwänden nicht gezogen werden. Die deutschen Gegenargumente sind bekannt.

Wisser liegt in Berlin nur diese englische Note vor, die auf die Auffassung anderer Staaten keinen Bezug

nimmt. Aus der Anfrage ergibt sich, daß der englische Außenminister Sir John Simon beabsichtigt, seinen Besuch in Berlin an den vereinbarten Tagen abzuhalten.

Aus der Tatsache, daß Deutschland nunmehr auf dem Boden voller Gleichberechtigung mit den anderen Mächten verhandeln kann, ergibt sich eine günstige Grundlage für die Besprechungen mit dem englischen Außenminister.

Alle politischen Probleme, die das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar 1935 aufgeworfen hat, können nun in voller Sachlichkeit behandelt werden.

Abreise Simons am Sonntag

Neuer meldet: Die deutsche Regierung hat eine günstige Antwort auf die britische Note gesandt und Außenminister Sir John Simon und Vordirektor Eden werden am nächsten Sonntag nach Berlin abreisen.

Zu der Lage nach der Verkündung des Gesetzes über den Aufbau der Wehrmacht und nach dem englischen Schritt in Berlin schreibt die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ u. a.: Deutschland lehnt nicht Verhandlungen über die internationale Rüstungsregelung ab; es wünscht sie nach wie vor und will ihren Erfolg. Was es aber ablehnt, ist noch zu verhandeln über ein Spezialregime für Deutschland oder gar über jenes Minimum an Sicherheit, das jeder souveräne Staat und erst recht jede Großmacht für sich in Anspruch nimmt. Argendeine Kritik an Art und Zeitpunkt des deutschen Schrittes zum Wiederaufbau der Wehrmacht ist daher abwegig. Die Grundlagen, auf denen im Sinne des englisch-französischen Kommuniqués vom 3. Februar verhandelt werden soll, sind durch die deutschen Maßnahmen nicht umgestoßen, sondern geklärt worden. Der Stillstand „keine einseitige Änderung bestehender Entwaffnungsverpflichtungen“ konnte wohl niemand in der Welt die Bedeutung belegen, daß die immerhin an ihr Rüstungsverprechen gebundenen Staaten die Zwischenzeit zu einer massiven Rüstungserhöhung benutzen dürften. Sie konnten in keiner Weise glauben, tun und lassen zu können, was sie wollten, und gleichzeitig die Auffassung leben, daß folgerichtige Reaktionen auf deutscher Seite auch weiterhin ausbleiben würden.

Die vor der Tür stehenden Verhandlungen, die der englische Außenminister in Berlin mit der deutschen Regierung führen wird, werden Gelegenheit geben, über die Frage einer internationalen Regelung der Rüstungen wie auch über die anderen im Londoner Kommuniqué

enthaltenen Fragen zu sprechen. Es ist ein positiver Ergebnis des Besuchs des englischen Botschafters beim Reichsaussenminister, daß die in den letzten 48 Stunden von interessierter Seite künstlich erzeugte Ungewißheit über den Termin der anberaumten deutsch-englischen Besprechungen beseitigt worden ist.

Kurze Erklärungen Simons im englischen Unterhaus.

London, 18. März. Außenminister Sir John Simon ergreift Montag Abend während der Aussprache über die englischen Armeevorschläge im Unterhaus das Wort. Er erklärt: „Am letzten Abtag der englischen Note an Deutschland wurde eine Anfrage an die deutsche Regierung gestellt, und zwar heißt es da, die britische Regierung fühlt sich veranlaßt, die deutsche Regierung auf die in der Note vorgetragenen Erwägungen hinzuweisen. Sie wünscht die deutsche Regierung, ob die deutsche Regierung immer noch wünsche, daß der Besuch in dem vorher vereinbarten Umfang und für die vorher vereinbarten Zwecke stattfindet.“ Ich habe nunmehr, so erklärte Simon weiter, einen Bericht von dem britischen Botschafter in Berlin erhalten, dessen hauptsächlichsten Inhalt ich dem Unterhaus mitteilen möchte. Er berichtet mir, daß die Note nach der Überreichung vom Reichsaussenminister von Neurath geprüft wurde. Als Ergebnis ist dem britischen Botschafter mitgeteilt worden, daß die deutsche Regierung immer noch wünscht, daß der Besuch stattfindet. (Beifall.) Sie stimmt auch zu, daß die Besprechungen innerhalb des früher vereinbarten Umfangs und für die früher vereinbarten Zwecke abgehalten werden. Das Haus wird sehen, daß die Punkte, die wir noch unserer Ansicht vorbringen mußten, von der deutschen Regierung zur Erörterung angenommen werden.

Der Oppositionsführer Lansbury beantragte hierauf, daß eine Unterhausausprache über die englische Note und die Ereignisse, die dazu geführt haben, stattfinden, bevor Simon nach Berlin abreist. Diese Ausprache dürfte in keiner Weise eingeschränkt sein, sondern den größtmöglichen Umfang haben. Die Opposition bestehe darauf, daß Erklärungen abgegeben werden. Wieder die Presse nach der Rundfunk hätte seiner Ansicht nach eine amtliche Erklärung politischen Inhaltes bekanntmachen dürfen, bevor eine solche im Unterhaus abgegeben worden sei. (Allgemeiner Beifall.)

Der Führer der Oppositionsliberalen Sir Herbert Samuel erklärte, daß die Mitteilung von Sir Simon mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werde.

Die Aussprache über die Armeevorschläge wurde hierauf fortgesetzt.

Klarheit und Logik.

Von Reichsminister Dr. Goebbels.

Die deutsche Öffentlichkeit verzeichnet mit einigem Erstaunen die Reaktion, die die Bekanntgabe des Gesetzes zum Wiederaufbau der Wehrmacht in den zuständigen Kreisen der europäischen Hauptstädte hervorgerufen hat. Sie glaubte, vermuten zu dürfen, daß die Welt mit sichtlicher Erleichterung und einem Gefühl innerer Befriedigung diese Tatsache zur Kenntnis genommen hätte. Denn die offene und rückhaltlose Darlegung der deutschen Absichten stellt in Wahrheit ein Element der Beruhigung dar, das für die logische und fruchtbarere Betrachtung der europäischen Situation erfreulich, wenn nicht geradezu unentbehrlich ist. Das Geheimnis, das die deutsche Wehrfrage in den vergangenen Monaten und Jahren umgab, war gerade von offiziellen und nicht-amtlichen Stellen des Auslandes oft und lebhaft beklagt worden, vor allem im Hinblick darauf, daß ohne eine einigermaßen freie Kenntnis der Absichten Deutschlands eine Konsolidierung des Friedens, wie man sagte, ausgeschlossen erschien. Wehr als einmal ist deshalb von diesen Stellen dem Wunsch Ausdruck gegeben worden, Deutschland möge der Geheimnisträumerei ein Ende machen und klipp und klar dazutun, wohin es steuere, was es wolle und welche Pläne es verfolge.

Die Erfüllung dieses Wunsches war umso dringender geboten, als die meisten ausländischen Zeitungen zum Teil maßgebenden Charakters sich in vagen und phantastischen Schätzungen ergingen, die in den tatsächlichen Ver-

hältnissen keine Begründung fanden, darüber hinaus aber nur geeignet erschienen, die Völker in eine höchst gefährliche kriegerische Hochsee zu versetzen. Kein anderes Gebiet gilt so wenig, wie gerade das militärpolitische, als geeignet, übertriebenen und ausschweifenden Mutmaßungen Raum zu geben. Was hier nur ist, ist Klarheit; denn nur aus der Klarheit läßt sich jene realistische Logik entwickeln, die allein die innere Kraft besitzt, eine verworrene Situation aufzulösen und aus ihr die entsprechenden Elemente der Sicherheit und politischen Stabilität zu kristallisieren.

Wie sehr die Welt das Bedürfnis verspürte, über den deutschen Rüstungsbestand Klarheit zu erhalten, mag man aus der Tatsache ersehen, daß sie sich selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jene Unterlagen zu verschaffen versuchte, die ihr von Deutschland vorenthalten wurden. Die historische Tatsache, daß der Führer des vergangenen Sonnabend hat diesem auf barge Vermutungen angewiesenen Verfahren ein Ende gemacht.

Die Welt weiß nun, woran sie ist. Das soll nicht heißen, als habe sie das vorher nicht gewußt; sie hat durch die Proklamation und das Gesetz über den Aufbau der Wehrmacht nur unumstößliche Sicherheit erhalten über das, was ihr bereits zur Kenntnis gekommen war und von dessen Kenntnis sie auch ihren amtlichen und nicht-amtlichen Verlautbarungen keinen Hehl machte.

In der englischen Unterhausdebatte vom 28. November 1934 erklärte Winston Churchill: „Welches ist nun